

Zeitschrift: Fachblatt für schweizerisches Heim- und Anstaltswesen = Revue suisse des établissements hospitaliers
Herausgeber: Verein für Schweizerisches Heim- und Anstaltswesen
Band: 44 (1973)
Heft: 7

Artikel: Menschen in sozialer Not - mitten unter uns?
Autor: Müller, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-806781>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Menschen in sozialer Not – mitten unter uns?

Referat: gehalten an der VSA-Tagung
von Fritz Müller

Es ist ein erfreuliches Verdienst der Organisatoren der heutigen Tagung, dass einmal mehr der Themenkreis brennend aktuell und zudem weit gespannt worden ist und dass man sich nicht — wie das an Fachtagungen da und dort noch üblich ist — auf eine Nabelschau im eigenen Gärtchen beschränkt hat.

Wenn diese Tagung sich mit dem Problem der «Randgruppen unserer Gesellschaft» auseinandersetzt, dann kann wohl nicht übersehen werden, dass wir heute weltweit und gerade auch in unserem Land vor einer gesellschaftlichen Situation stehen, die in zunehmendem Masse alarmierender wird. Ich meine da keineswegs die Kassandrarufer politischer Extremgruppen rechts oder links, die sich wechselseitig mit dem Aufbau von Feindbildern befassen, gegen die dann lautstark und oft diffamierend polemisiert werden kann. Was uns vielmehr bedenklich stimmen muss, ist folgendes:

Wir stehen vor einer erschreckenden Zunahme der Inhumanität in der Welt, und zwar — und das ist das betrübliche — gerade in jenen Zonen, in denen man sich auf christliches Erbe und abendländische Kultur sollte berufen können. Die Götter unserer Zeit heissen Umsatz, Konsum, Wirtschaftswachstum, Gewinnmaximierung. Diesen Göttern werden geopfert die materiellen und biologischen Grundlagen für die Existenz weiterer Generationen die weitere Verfügbarkeit von Wasser, Luft und Rohstoffen in einem Ausmass und in einer Qualität, die das Ueberleben der Menschheit möglich macht. Es wird diesen Göttern geopfert, die Wohnlichkeit der Siedlungsgebiete, insbesondere in den Städten, die Ausgeglichenheit sozialer Beziehungen, ein beachtliches Mass an Freiheit und Würde des Menschen und für viele die heute vielberufene äussere Qualität des Lebens.

In Wirtschaft und Politik macht sich in zunehmendem Masse ein nackter und rücksichtsloser Einzel- und Gruppenegoismus breit. Er bewirkt in verschiedenen Bereichen ein bedenkenloses Zurseiteschieben jener Menschen, die aus Gründen ihrer Herkunft, ihrer Erziehung, ihrer Rasse, ihrer sozialen Lage, eines Gebrechens oder ihres Alters sich noch nicht, nicht oder nicht mehr gleichsam fugenlos und unauffällig in die bestehenden Strukturen, Konventionen und Leistungsnormen einzufügen vermögen. Ich denke da an die ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien, besonders ihre Kinder, an jugendliche Aussenseiter inklusive Drogengefährdete und an die zunehmende Zahl betagter Personen, die vor allem gesellschaftlich auf Abstellgeleise geschoben werden, sobald ihre Arbeitskraft wirtschaftlich nicht mehr genützt werden kann. Ich denke auch an Gruppen, die nach wie vor Opfer sozialer Vorurteile sind. Dazu gehören ledige Mütter, alleinstehende und geschiedene Frauen über etwa

dreissig Jahren. Wenn ich im folgenden versuchen will, einige Probleme dieser Gruppen aufzuzeigen, dann möchte ich dem ein Wort des vor zehn Jahren ermordeten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy voranstellen. Es heisst:

«Wir sind nicht hier, um Lob oder Tadel zu verteilen, wir müssen uns mit der Welt wie sie ist auseinandersetzen.»

1. «Man suchte Arbeitskraft und es kamen Menschen»

Auf 6 Millionen Einwohner haben wir in unserem Land über eine Million ausländischer Mitbürger. Davon sind rund zwei Drittel Italiener und (die Zahlen basieren auf dem Stand 1971) über 280 000 Kinder unter 16 Jahren, davon wiederum 160 000 Kinder italienischer Nationalität. Von diesen Kindern stammen 150 000 aus Familien mit Niederlassungsbewilligung, etwas über 130 000 sind Kinder von Jahresaufenthalten. Zirka 55 000 wohnen im Kanton Zürich, 30 000 in der Waadt, 27 000 im Kanton Bern und 33 000 im Kanton Aargau — um nur die vier Kantone mit den höchsten Zahlen zu nennen. Daneben gibt es eine leider zunehmende Zahl sogenannter Phantom-Kinder. Es handelt sich dabei um Kinder, deren Existenz in der Schweiz aufgrund der fremdenpolizeilichen Vorschriften nicht zulässig wäre, die deshalb von den Eltern verborgen gehalten werden, weil sie sich aus menschlichen Gründen vom Kind nicht trennen, andererseits aber auch in unserem Land weiter arbeiten möchten. Diese Phantom-Kinder leben unter besonders menschenunwürdigen, ungeschützten und ihre gedeihliche Entwicklung beeinträchtigenden Verhältnissen und können aus naheliegenden Gründen keine Schule besuchen.

Es ist wohl unbestritten, dass die schweizerische Wirtschaft, viele öffentliche Dienste, vor allem auch Spitäler und Heime, ohne die ausländischen Arbeitskräfte ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen könnten und zum Teil zu drastischem Produktions- bzw. Leistungsabbau gezwungen wären. Es dürfte ebenso klar sein, dass der heutige Plafond an ausländischen Arbeitskräften — entsprechend der Politik des Bundesrates — aus sozialen Gründen nicht mehr erhöht werden darf. Obwohl bei allen möglichen Gelegenheiten und mit ausgeprägtem Selbstwertgefühl Repräsentanten unseres Landes auf die Tatsache hinweisen, dass in der Schweiz vier Sprachen, drei Kulturkreise und verschiedene religiöse Bekenntnisse friedlich gleichsam unter einem Dache zusammenleben, ist es uns bisher erst in Ansätzen gelungen, die unseren ausländischen Mitbürgern sich stellenden sozialen Probleme zu erkennen und an ihre Lösung heranzugehen. Die «Dr. Eisenbart-Rezeptur»: «Wenn die Ausländer bei uns ar-

beiten wollen, dann haben sie sich in jeder Hinsicht an unsere Gebräuche und unsere Lebensart anzupassen, oder dann sollen sie abfahren», diese Rezeptur ist zu tiefst unmenschlich, weil sie den Ausländer nur dann zu akzeptieren bereit ist, wenn er seine persönliche Eigenart und das, was er an kulturellem Erbe, das uns vielleicht fremd erscheint, mitbringt, preisgeben würde. Viele Ausländer kommen zu uns, um während einigen Jahren in der Schweiz zu arbeiten und dabei Ersparnisse zu machen. Das ist durchaus legitim. Sie haben aber nicht den Wunsch, sich in unserem Land zu assimilieren. Was aber aus sozialen Gründen angestrebt werden muss, ist die Integration der Ausländer, weil nur dann sich jene menschlichen und sozialen Probleme lösen lassen, die ganz einfach nicht mehr zufälligen oder machtpolitisch bedingten Entwicklungen anheimgestellt bleiben dürfen. Ich weise — in Uebereinstimmung mit dem SKAF — vorab auf folgende akute Probleme hin:

- Die Wirtschaft betrachtet den ausländischen Arbeiter immer noch primär unter dem Gesichtswinkel der «Produktionsmaschine». Er trägt zwar bei zur Betriebs- und Profitexpansion, verrichtet die schwersten oder schmutzigsten Arbeiten, ist aber faktisch — sofern er nicht in einer schweizerischen Gewerkschaft organisiert ist — fast schutzlos der «Gnade» seines Arbeitgebers ausgeliefert.
- Das juristische Statut der Saisoniers vergewaltigt die Grundrechte der Person und zwingt die Männer, unter unmenschlichen Bedingungen zu leben. Es schafft ein Klima, das die Familie zerstört, hält die Menschen vielfach von den städtischen Zentren fern, beraubt sie der Rechte, deren andere Arbeiter sich erfreuen unter dem Vorwand der «stagionalità». Diese Einrichtung wird von keinem internationalen Abkommen akzeptiert. Am meisten geschädigt sind unter diesem Status die Saisoniers der Landwirtschaft.
- Die Einschränkung der Beweglichkeit, des Arbeits- oder Kantonswechsels für Saisoniers und Aufenthalter, erschwert die berufliche Ausbildung und den menschlichen Aufstieg des Arbeiters.
- Das offizielle Bestehen von Baracken als Wohnungen ist für die Arbeiter und ihre Familien demütigend, für manche Arbeitgeber aber eine weitere Einnahmequelle.
- Viele Privatpersonen, vereinzelt sogar öffentliche Stellen, vermieten vorhandene Wohnungen grundsätzlich nicht an Ausländer, vor allem dann, wenn diese aus südlichen Nationen kommen.
- Besonders verhängnisvoll ist die Tatsache, dass Wirtschaftskreise billige Altwohnungen aufkaufen, die bisherigen Mieter schweizerischer Nationalität — es handelt sich dabei oft um bereits betagte Personen — auf die Strasse stellen und dann die Wohnungen zu wesentlich höheren Mitzinsen an ausländische Arbeitskräfte aufteilen. So werden sowohl die Schweizer als auch die Ausländer geschädigt und, was noch schlimmer ist, die Spannung und die negativen Reaktionen in der schweizerischen Bevölkerung gegenüber den Ausländern werden geschürt.
- In einigen Gegenden unseres Landes werden bedenkenlos Wohnungen an Ausländer vermietet, die von

den Behörden als unbewohnbar bezeichnet worden sind.

- Grossen Familien wird die Aufnahme in Wohnungen verweigert, währenddem man nicht zögert, in den Baracken ausländische Arbeiter anzuhäufen.
- In einem Land, das sich im Kreis der Nationen gern als Musterknabe zeigt, und der Dritten Welt gegenüber wenigstens langsam finanzielle «Nächstenliebe» bekundet, werden Zehntausende von ausländischen Mitbürgern nur als Arbeitssklaven behandelt und dadurch ein dauerndes Unterproletariat geschaffen.
- In den vom Staat überwachten Massenmedien mangelt es an objektiver Information über die Realität der Welt, in der die ausländischen Arbeitskräfte und ihre Familien bei uns leben müssen. Was an Information geboten wird, ist vielfach schönfärbisch oder vernebelnd, und damit tendenziös.

Erfreulicherweise gibt es eine zunehmende Zahl schweizerischer Gremien — insbesondere im kirchlichen und sozialen Bereich — die sich ernsthaft um eine Verbesserung des rechtlichen und sozialen Status unseres ausländischen Familien bemühen.

2. Die Gastarbeiterkinder

Vor ein besonderes Problem werden wir jetzt und in zunehmendem Masse gestellt durch die Schulung ausländischer Kinder in unserem Land. Rund 70 Prozent der Ausländerkinder befinden sich im vorschulpflichtigen Alter. Die Geburtenquote unserer schweizerischen Bevölkerung geht zurück, die Zahl der Ausländerkinder nimmt zu. Daraus ergeben sich eine Reihe schulischer und zusätzliche soziale Probleme. Mit der ausschliesslichen Ausrichtung auf die Assimilation der ausländischen Kinder in möglichst kurzer Zeit wird diesen praktisch der Weg zu allen höheren Bildungsstufen verschlossen, denn die Sprachbarriere verhindert, dass sie in schulischer Hinsicht irgendwelche Hilfe und Förderung im Elternhaus bekommen können. Die Kinder der ausländischen Arbeiter werden damit zu einer neuen Generation von Hilfsarbeitern herangezogen. An der Gewerbeschule der Stadt Zürich wurden beispielsweise im Sommer 1971 nur 510 ausländische Schüler registriert bei 10 664 Schweizern, also knappe 5 Prozent. Dazu kommt, dass bezüglich Lehrtypen die ausländischen Lehrlinge vorwiegend in sozial als tieferstehend geltenden Berufen zu finden waren und in besonders qualifizierten Berufsausbildungen kaum vertreten sind.

Durchwegs kann auch festgestellt werden, dass ausländische Kinder vielerorts in den Klassen von den Schweizer Schülern geplagt und — manchmal unter diskriminierenden Umständen — vom gemeinsamen Spiel ausgeschlossen werden. Leider gibt es auch da und dort sogar Lehrer, die nicht von Aversionen gegen Schüler ausländischer Herkunft frei sind und dem Kind gegenüber keine tolerante, helfende Haltung einnehmen, sondern seine schulische Integration durch die Art der Notengebung zusätzlich erschweren.

Es ist geradezu beklemmend, erfahren zu müssen, in welcher Angst derzeit viele ausländische Familien, die noch nicht im Genuss der Niederlassung sind, leben, angesichts der in Aussicht stehenden dritten Schwar-

zenbach-Initiative, von der sie befürchten, dass sie zu einer teilweisen und gewaltsamen Austreibung vieler Familien führen wird. Diese Erwartung fördert die soziale Unsicherheit und behindert die Befähigung zur Integration. Sie bringt den Ausländer zu einer Art Schizophrenie in allen Dispositionen für eine nähere und weitere Zukunft, für sich und seine Familie. Der gegen alle Eventualitäten des Lebens materiell abgesicherte Wohlstandsschweizer macht sich oft keine Vorstellungen von den Nöten und Ängsten und Belastungen, die allein aufgrund solcher Erwartungen in ausländischen Familien und Gemeinschaften getragen werden müssen.

Wenn es nicht gelingt, die schweizerische Bevölkerung in ihrer Mehrheit zu einer toleranteren, menschlicheren Haltung gegenüber den unter uns lebenden Ausländern und ihren Kindern zu bewegen, dann werden uns schwere Erschütterungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich nicht erspart bleiben. Sie alle, die hier an dieser Tagung sich mit Sozialproblemen gesellschaftlicher Randgruppen befassen, sind aufgerufen, in Ihrem Bereich mit den Ihnen gegebenen Möglichkeiten und auf der Ihnen zugänglichen Ebene persönlich und kollektiv mitzuhelfen, dass immer mehr unserer schweizerischen Mitbürger aller Altersstufen und beider Geschlechter bereit sind, die unter uns lebenden Ausländer als gleichberechtigte und gleichwertige Menschen anzuerkennen und ihnen und ihren Problemen gegenüber die gleiche Toleranz und Aufgeschlossenheit zu bekunden, die Sie für sich selbst vom Partner erwarten. Aufgerufen sind insbesondere die Erzieher, die Lehrer an allen Schulen, die Seelsorger der verschiedenen religiösen Bekenntnisse und jene, die im politischen Bereich Einfluss haben oder Einfluss nehmen könnten.

3. Jugendliche Randgruppen

Es ist wohl den meisten von Ihnen bekannt, dass jugendlichen Randgruppen in unserer Gesellschaft in der Regel mit einigem Misstrauen, vielfach sogar mit unverhohlener Abneigung begegnet wird. Nur die wenigsten fragen sich, wie es überhaupt in den letzten Jahren zur vermehrten Bildung solcher Gruppen gekommen ist. Zusammenschlüsse Jugendlicher in Gruppen sind keine spezifische Erscheinung unserer Zeit. Sie können das bei Gotthelf oder Keller nachlesen. Sie wissen vielleicht auch, dass die Mehrzahl der «Helden von St. Jakob» und der schweizerischen Krieger in den Burgunderzügen, bei Novara und Marignano unter zwanzig Jahre alt war. Auch die sogenannten Saubannerzüge vor der Mitte des vergangenen Jahrhunderts waren vorwiegend Aktionen jugendlicher Gruppen. Dabei war damals der Raum individueller Freiheit noch wesentlich grösser als im heutigen vielschichtigen Gefüge gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Normen, Konventionen oder Zwänge.

Es muss wohl kaum besonders darauf hingewiesen werden, dass die heutigen Jungen durch eine andere Denk- und Erfahrungsschule gegangen sind als die Mehrzahl der älteren Generation. Erlebnisse wirtschaftlicher oder menschlicher Bedrohung fehlen fast durchwegs. Was den Jungen bedrohlich erscheint, ist demgegenüber die künftige Welt, in der sie leben müs-

Heim-Katalog

Ausgabe 1973

Als Ergänzung zu dem im Frühjahr 1972 erschienenen Memorandum liegt nun ein Verzeichnis von Heimen für Jugendliche und junge Erwachsene beiderlei Geschlechts vor. Es wurde erarbeitet durch Leiterinnen und Leiter von Erziehungsheimen und Arbeitserziehungsanstalten der deutschen Schweiz. Ausgesprochene Lehrlings- und Lehtöchterheime sind nicht aufgeführt.

Das vorliegende Verzeichnis gibt eine Uebersicht über die einzelnen Institutionen mit ähnlichen Zweckbestimmungen. Dabei wurde durchgängig das gleiche Schema gewählt, innerhalb dessen sich das einzelne Heim individuell darstellt. Die Verfasser möchten damit in erster Linie den einweisenden Instanzen Informationen über den aktuellen Stand der Erziehungs-, Behandlungs-, Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten geben.

Die Arbeit in unseren Heimen ist einem steten Wandel unterworfen. Die beiden Arbeitsgruppen werden sich deshalb zu gegebener Zeit um eine neue Auflage bemühen.

Arbeitsgemeinschaft Töchterheime
Arbeitsgruppe Jugendheimleiter

Verlag: Sekretariat VSA, Wiesenstrasse 2, 8008 Zürich.

sen. Eine Welt, die nach ihrer Ansicht einer Selbstzerstörung entgegengeht, weil die derzeit an den Schalthebeln von Politik und Wirtschaft stehende Generation sich anscheinend als unfähig erweist, innerhalb der bestehenden politischen Systeme (dies gilt für West und Ost) jene Vorkehrungen zu treffen und jene Prioritäten zu setzen, die unerlässlich sind, wenn der Zerstörung unserer Umwelt, der Vergiftung von Luft, Wasser und Boden, der Ausplünderung der natürlichen Reserven an Kohle, Oel, Holz und Metallen rechtzeitig begegnet und damit der von führenden Wissenschaftlern vorausberechnete grosse Zusammenbruch verhindert bzw. um Jahrhunderte hinausgeschoben werden soll. Viele unserer Jungen lassen sich nicht blenden von den Segnungen des Wirtschaftswunders, das ihnen vorzelebriert wird. Sie erleben aber den erbarmungslosen Stress der Leistungsgesellschaft, sie erfahren, dass ihre Eltern sich zwar sehr um das materielle Wohl der Kinder und um deren möglichst gute Ausbildung kümmern, dass aber dieselben Eltern vielfach weder Zeit

noch Bereitschaft aufbringen, die Jungen zu hören, sich mit ihren Fragen auseinanderzusetzen, Verständnis für ihre Art des Denkens aufzubringen und insbesondere zu erkennen, dass die herbe und oft vernichtende Kritik jugendlicher Idealisten und Utopisten im Grunde genommen aus beachtenswerten Motiven erfolgt. Viele Eltern stehen vor der für sie erschreckenden Situation, dass Junge scheinbar jegliche Autorität, sei das nun in Familie, Schule, Kirche oder Staat, verneinen, und diese Eltern erkennen nicht, dass die Jungen einen gewandelten Autoritätsbegriff haben, dem die traditionsverhaftete formale Autorität zwar fremd ist, der aber die Sachautorität und insbesondere das, was von menschlichen Qualitäten ausstrahlen kann, durchaus anerkennen. Es gibt für die Jungen keine «unabänderlichen, unverrückbaren Wahrheiten» mehr. Sie sehen alles Geschehen als Entwicklungsprozess, in den experimentell eingegriffen werden kann. Sie denken dynamisch und finden ihrerseits keinen Zugang zu den statischen Denk- und Vorstellungskategorien der Mehrheit unter der älteren Generation. Aus all diesen Gründen tritt in der Familie ein Entfremdungsprozess ein, der vielfach zum Konflikt, zur Krise und zur Trennung der Generationen führt. Dass dann der noch nicht lebenserfahrene, sich verunsichert fühlende Junge sich an Gleichdenkende, von ähnlichem Schicksal Betroffene anschliesst, es so zur Gruppenbildung, vielleicht sogar zur Bildung von Wohnkollektiven kommt, ist ein völlig natürlicher Prozess.

Da nun aber auf seiten der Eltern in der Regel die Einsicht in eigenes Mitverschulden solcher Entwicklungen und Reaktionsabläufe fehlt, wird nach dem Sündenbock gesucht. Dort wo ein Kind von einem oder beiden Elternteilen innerlich abgelehnt wird, ist die Situation in der Regel irreparabel. Meist aber gelten andere als Sündenbock, als die Gruppe, ein Partner, oder, was oft besonders beliebt ist, die geheimnisvollen politischen und natürlich subversiven Drahtzieher.

Weil die psychische und pädagogische Tragfähigkeit unserer Familien aus verschiedenen Gründen deutlich abgenommen hat, weil immer mehr Familien wegen der exorbitanten, von der Bodenspekulation angeheizten Mietzinspolitik in zu kleinen Wohnungen leben müssen, kommt es heute leichter zur familiären Desintegration als noch vor zwanzig und mehr Jahren. Immer mehr Junge ziehen in immer jüngeren Jahren aus dem Elternhaus weg; nicht alle von ihnen möchten in die Einsamkeit eines möblierten Zimmers, und solche, die das in Kauf nehmen, finden oft wegen ihrer äusseren Aufmachung keines, und so tritt dann da und dort jene Entwicklung ein, die zur Bildung von Wohnkollektiven führt. Auch darüber bestehen noch weitverbreitete Missverständnisse. Zahlreiche Bürger setzen den Begriff Wohnkollektiv oder Kommune immer noch gleich mit Gruppensex, Promiskuität oder politisch ferngesteuerter subversiver Aktivistengruppe. Es gibt in Kreisen der Oberschicht Gruppensexspiele, und es mag sie auch in vereinzelt Wohngemeinschaften geben. Es ist aber grundfalsch, wegen solcher punktueller Vorkommnisse entweder die ganze Oberschicht oder die Gesamtheit der Wohngemeinschaften zu diffamieren.

Es gibt einzelne Wohngemeinschaften, die ausgesprochen Politgruppen sind. Sie diskutieren Probleme der

Gesellschaft, Möglichkeiten der Systemveränderung, revolutionärer Entwicklungen in der Welt und deren Auswirkungen auf die betroffenen Menschen und Klassen. Die herrschende Schicht diskutiert ähnliche Fragen unter anderem Gesichtswinkel in eigenen, oft wesentlich exklusiveren Zirkeln, als Wohngemeinschaften es sind. Auf beiden Seiten finden sich Ignoranz, Intoleranz und daraus fliessend die Neigung, die Gegenseite zu verteufeln. Es ist aber falsch, wenn von der einen oder der anderen Seite derartige Neigungen oder Vorkommnisse der ganzen Gruppe angelastet werden. Es gibt in unserem Land eine Reihe von Wohngemeinschaften, in denen aus positivem Bemühen neue Formen des kollektiven Zusammenlebens erprobt und ertragen werden. Es gibt Wohngemeinschaften, die nach relativ kurzer Zeit scheitern, sich wieder auflösen, und es gibt andere, leider sind sie noch nicht sehr zahlreich, deren inneres Bezugsgeflecht sozial so tragfähig ist, dass sie die Funktion einer therapeutischen Gemeinschaft übernehmen können, das heisst, dass sie in der Lage sind, einzelne dissoziale, gefährdete junge Menschen aufzunehmen und ihnen weiterzuhelfen. Je eher Gesellschaft und Staat begreifen, dass es sich lohnt, solchen Versuchen gegenüber eine grundsätzlich positive Haltung einzunehmen, um diesen Institutionen überhaupt die Chance der Bewährung zu geben, desto eher wird es gelingen, Wohngemeinschaften, die heute ausgeprägte Randgruppen der Gesellschaft sind, insofern zu integrieren und damit auch zu stabilisieren, als man sie als eine andere Art des Zusammenlebens akzeptiert.

Man kann nicht von gesellschaftlichen Randgruppen sprechen, ohne auch die Drogenkonsumenten zu erwähnen. Sucht jeglicher Art tritt dort auf, wo ein Bedürfnis nach Liebe, nach Zuwendung, nach Geborgenheit nicht oder ungenügend gestillt werden kann. Sie wissen, dass es die in unserem Land gesellschaftlich akzeptierten Süchte gibt, also den Alkoholismus, die Medikamenten-, Schmerz- und Schlafmittelsüchte. Sie alle führen mehr oder weniger rasch zur Schädigung, dann zur Aushöhlung und schliesslich auch zur physischen Zerstörung der Persönlichkeit. Seit rund fünf Jahren werden bei uns unter der jüngeren Generation, und in zunehmendem Masse sogar bei Schülern der Mittelstufe, Drogen konsumiert. Quantitativ im Vordergrund steht dabei das Haschisch gefolgt von den Amphetaminen (diese werden gespritzt und fallen nicht unter die bisherigen Betäubungsmittelgesetzgebung), es folgen das LSD und neuerdings die Opiate. Besonders gefährlich sind die Amphetamine und vor allem die Opiate (Morphium, Heroin, usw.), weil diese sehr rasch körperlich abhängig machen, in immer grösseren Dosen konsumiert werden müssen und damit jener Circulus vitiosus eingeleitet wird, der in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle mit einer relativ raschen Zerstörung der Person endet.

Es gibt kein Patentrezept zum Schutz gegen die Drogengefährdung. Es gibt auch noch keine Therapie, die in jedem Fall Erfolg verspricht. Am einfachsten wäre es, wenn der Drogenhandel sich unterbinden liesse. Keinem Staat ist das aber bisher gelungen. Sogar in den Ländern jenseits des Eisernen Vorhanges sickern langsam Drogen ein. In strafrechtlicher Hinsicht ist die Schweiz bisher eine Oase für Drogenhändler. Die Höchststrafe für schwerste Fälle von Drogenhandel

beträgt nur fünf Jahre Zuchthaus. Bekanntlich sprechen die Gerichte — Fälle aus neuerer Zeit beweisen es — die Höchststrafe leider gar nicht aus. Das neue Bundesgesetz über die Betäubungsmittel wird hier zu einer Verschärfung der Strafbestimmungen führen. Der Bundesrat beantragt, das Strafmaximum für Drogenhändler neu auf zwanzig Jahre Zuchthaus anzusetzen. Das genügt aber nicht. Was heute not tut, ist eine vorurteilsfreie und sachlich neutrale Beratung der Eltern und der Schüler über die Drogen, ihre Wirkungen, die von ihnen bei Langzeitkonsum bewirkten Schädigungen des Organismus und der Psyche. Alle Eltern und alle Schüler von der Mittelstufe an sollten auch wissen, wo es in ihrer Nähe Beratungs- und Therapiemöglichkeiten gibt. Familien, in denen die Wohlstandsdrogen Alkohol, Medikamente und Schlafmittel bedenkenlos konsumiert werden, bilden einen Nährboden für den Konsum moderner Drogen bei den Jungen. Familien, in denen ein Gespräch über die Droge tabuiert ist, oder in denen mit grossem emotionellem Aufwand Drogenkonsumenten pauschal verteufelt werden, bewirken oft bei den heranwachsenden Jungen den Griff zur Droge aus Protest gegen elterliche Borniertheit und Selbstgerechtigkeit. Dort wo die Droge geheimnisumwittert bleibt, wächst die Neigung zum Experiment, zum Versuchserlebnis. Für viele, die den ersten Joint rauchen, ist dann einmal eben nicht keinmal. Drogenkonsum führt in den meisten Fällen zu seelischer Vereinsamung, zur Zerstörung der Kontaktfähigkeit zu einem Du, und es ist aus diesen Gründen geradezu verhängnisvoll, wenn der Drogengefährdete durch falsche Einstellung seiner Umwelt noch mehr an den Rand, und damit in die Vereinsamung — die ja suchtfördernd wirkt — gedrängt wird. Es kommt hier ein Problem auf uns zu, dessen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Es leben hier immer mehr Menschen in sozialer Not mitten unter uns. Diesen dürfen wir unsere Hilfe nicht versagen, wo sie nötig ist und angenommen wird. Bereits haben wir in den grösseren Städten unseres Landes die ersten jugendlichen Drogeninvaliden, deren Schädigungsgrad die Ausrichtung einer Invalidenrente bewirkt. Das bedeutet, dass ein junger Mensch von wenig mehr als zwanzig Jahren für den Rest seines Lebens auf öffentliche Mittel angewiesen bleibt, weil die Rehabilitierungsquote in diesen Fällen ausserordentlich klein ist, wenn nicht frühzeitig eingegriffen werden kann. Es ist nach meinem Dafürhalten falsch, wenn man sich heute auf politischer Ebene unter allen möglichen Vorwänden, und seien es jene der fehlenden Mittel, davon glaubt dispensieren zu können, die für eine wirksame Drogenprophylaxe unerlässlichen Einrichtungen und Beratungsstellen zu schaffen und hierfür die materiellen und personellen Mittel bereitzustellen. Es ist beispielsweise in diesem Zusammenhang erstaunlich, dass ein vorzügliches Informationsmittel über das gesamte Drogenproblem, wie es der vom Leiter des Jugendamtes Basel verfasste Beitrag im sogenannten «Heissen Schülerbuch» (nicht zu verwechseln mit dem «Roten Schülerbuch») darstellt, bisher als Informationsmittel keine grössere Verbreitung in Schulen und Familien gefunden hat.

4. Ledige Mütter, alleinstehende Frauen.

Es gibt die Gruppe der ledigen Mütter und die Gruppe der alleinstehenden Frauen, seien sie nun ledig

oder geschieden, nur in der Statistik als Gruppe. Im täglichen Leben sind diese Frauen sehr oft völlig auf sich allein gestellt. Sie haben die mehrfache Last von Beruf, Haushalt und allenfalls Kindererziehung zu tragen, und werden — wenn sie einmal über 30 sind — gesellschaftlich oft völlig allein gelassen. In der Stadt Zürich ist rund ein Drittel der 30—40jährigen ledig, verwitwet, geschieden oder getrennt. Von der «Gesellschaft der Ehepaare» sind sie vielfach ausgeschlossen. Gerade Ehefrauen betrachten ihre nichtverheirateten Geschlechtsgenossinnen oft als besonders gefährliche Konkurrentinnen oder als mögliche Eindringlinge in ihre Ehe. Manche Männer neigen dazu, die alleinstehende Frau dieser Jahrgänge als potentielles Freiwild anzusehen. Besonders heikel ist nach wie vor die gesellschaftliche Stellung der ledigen Mütter. Alle Aufklärung, alle sogenannte Aufgeschlossenheit der modernen Gesellschaft hat hier nur relativ wenig Wandel gebracht. Wird ein Mädchen schwanger und lässt sich der vermutete Vater nicht sofort zur Heirat bewegen, dann bricht vielfach in der elterlichen Familie eine Panik aus, man sucht nach Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch, damit doch ja nicht die «Schande» einer ausserehelichen Geburt auf die sogenannte Familienehre falle. Wie sehr eine junge ledige Mutter durch solche Erlebnisse persönlich und in ihrer Beziehung zum künftigen Kind, falls sie es austrägt, geschädigt werden kann, braucht in diesem Kreis wohl nicht detailliert ausgeführt zu werden. Tatsache ist, dass ledige Mütter und auch geschiedene Frauen in weiten Kreisen unserer Bevölkerung immer wieder auf eine selbstgerechte oder pharisäische Einstellung und auf totales Unverständnis für ihr Schicksal stossen. Sie sind benachteiligt bei der Wohnungs- und bei der Stellensuchen. Sie haben Mühe im Verkehr mit Aemtern und Behörden, sie müssen auf eigenen Füssen kämpfen um ihre Behauptung im Beruf, im Arbeitsleben, weil ihre materielle Existenz nicht durch die wirtschaftliche Basis einer Ehe abgesichert ist. Es gibt hier mehr soziale Not, mitten unter uns, als wir ahnen, und allzuviele von uns denken nicht daran, dass es nicht genügt, wenn wir nur persönlich gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen eine aufgeschlossene und tolerante Haltung einnehmen, sondern dass wir auch verpflichtet sind, die nachfolgende Generation in diesem Geiste zu erziehen.

5. Die grösste Randgruppe der Leistungsgesellschaft

Man spricht heute viel vom «dritten Alter» und meint damit jene Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden und über 65 Jahre alt sind. 1930 zählte man in der Schweiz ungefähr 280 000 über 65 Jahre alte Frauen und Männer, 1970 waren es bereits über 700 000, und nach statistischen Schätzungen wird ihre Zahl bis 1985 auf rund 880 000 ansteigen. Das bedeutet, dass der Anteil jener, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, an der Gesamtbevölkerung immer grösser und korrespondierend dazu der Anteil jener, die im Erwerbsleben stehen — und damit auch die für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge nötigen Versicherungsleistungen aufbringen müssen — schmaler wird. Die eklatante Verschiebung in der Alterspyramide bewirkt aber auch, dass die Relation zwischen Pflegebedürftigen, Betagten und zur Pflege Befähigten (Ärztinnen, Pflegerinnen, Betreuungspersonal usw.) immer

ungünstiger wird. Die schönen Worte vom erholsamen Ruhestand, vom Zeithaben für andere und für sich selbst, vom vergoldeten Lebensabend und dergl. haben aufgrund der Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft leider für immer weniger Menschen Geltung. Allzuvielen müssen solche Worte hohl oder heuchlerisch tönen. Für die Leistungsgesellschaft gilt — und das ist wiederum in Ost und West genau gleich — primär die Produktionskraft des Menschen. Wer die von ihm erwartete Leistung nicht mehr erbringt oder nicht mehr erbringen kann, zählt nicht mehr mit. Das tönt hart, doch prägt es sich in immer weiteren Bereichen unserer Wirtschaft und Gesellschaft so aus. In Unternehmen, die amerikanische Management-Prinzipien eingeführt haben, werden oft unter fadenscheinigen Vorwänden ältere Mitarbeiter schon vor Erreichung der Altersgrenze ab- bzw. auf Nebengeleise geschoben.

Mit der Einrichtung und dem Ausbau der AHV, der Ergänzungsleistungen und der Altersbeihilfen haben Bund und Kantone über dieses grosse Versicherungswerk und die individuellen Zusatzleistungen unsere betagten Mitmenschen vor grösster materieller Not bewahrt. Viele von ihnen leben aber heute in der Isolation. Ehepaare kapseln sich ab und vereinsamen. Fähigkeiten, die einen Menschen letztlich froh und glücklich machen, wie zwischenmenschliche Kontakte, Gedankenaustausch, wechselseitige Hilfeleistung, verkümmern. Der geistige und emotionale Horizont verengt sich auf den kleinen Raum der Wohnung, des Fernsehens und eines illustrierten Blättchens. Verbitterung greift um sich, vor allem dann, wenn betagte Personen etwa noch aus ihrer Wohnung vertrieben werden, weil diese spekulativ auf Abbruch verkauft oder durch Untervermietung an ausländische Saisoniers für den Eigentümer zur billigen Goldgrube gemacht wird. Verbitterung aber führt zu psychosomatischer Störung, zu offenen oder unterschweligen Aggressionen und letztlich zur Resignation. Es gibt gerade in unseren Städten allzu viele betagte Mitmenschen, die ein solches Schicksal erdulden. Leider stellen wir fest, dass Staat und Umwelt auf solche Probleme und Entwicklungen nicht unter dem Gesichtswinkel der Bedürfnisse des Einzelmenschen, sondern gleichsam technokratisch reagieren. Es ist sicher erfreulich, dass mit staatlicher Hilfe Unterkunftsmöglichkeiten für Betagte bereitgestellt werden. Im Vordergrund stehen heute die Alterssiedlung und das Altersheim. Man muss sich aber fragen, ob es richtig ist, wenn betagte Personen, die noch nicht total pflegebedürftig sind, in grossen Alterskollektiven, die wenn möglich noch irgendwo am Stadtrand liegen, zusammengefasst werden, wo die Betagten mit ihren Problemen und Nöten wiederum nur unter sich und ihnen leichte Kontakte zur Umwelt, zum pulsierenden Leben in Stadt und Dorf kaum mehr möglich sind. Die Sozialplaner und die Städtebauer müssten sich daher fragen, ob es nicht richtiger wäre, wenn der Staat gewissermassen gestreut über Zonen mit guten Verkehrsverbindungen durch Altersmietzins-Zuschüsse von ausreichender Grösse Wohnungen verbilligt, in denen betagte Personen in der Umgebung von jüngeren Familien wohnen können, vielfältige Kontakte finden, vielleicht sogar in der Lage sind, temporär einer kranken oder überlasteten Mutter die Kinder zu hüten und sich insgesamt noch als menschlich angenommen und

nützlich vorkommen. Man müsste im ganzen Bereich der Sozialarbeit und der Altershilfe auch von dieser manchmal penetrant leutselig wirkenden Art wegkommen, die davon ausgeht, dass jeder Betagte gleichsam steter Fürsorge und Pflege bedarf, dass man ihn wohl nicht mehr so ganz für zurechnungsfähig nehmen muss und sich dann auch ihm gegenüber entsprechend verhält. Ich erinnere hier an den häufig anzutreffenden, aber doch wohl etwas überheblich wirkenden Terminus «alte Leutchen». In Ihrem Verbandsorgan hat es zu diesem Thema ja einige Stellungnahmen gegeben.

Der Bischof von Basel hat seinen Fastenhirtenbrief 1973 der Sorge um das Schicksal der alternden und betagten Mitmenschen gewidmet. Er hat darin einige sehr treffende Ausführungen gemacht und u. a. feststellt:

«Der gebrechliche und betagte Mitchrist bedarf unserer Aufmerksamkeit, Anteilnahme, Aufmunterung und Liebe. Er muss sich von der Gemeinschaft (wie eine Pfarrei es ist) angenommen und getragen fühlen. Geld kann nie eine persönliche Alterssorge ersetzen. Die betagten Menschen sollen so lange wie möglich selbständig in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Regelmässige Besuche durch Mitchristen, Botengänge durch Kinder und Jugendliche, Hauspflege, bei der die Frauen ehrenamtlich mithelfen, Information und Beratung für alle Lebensgebiete, Pflegen von Geselligkeit, Bereitstellen von Begegnungsstätten und günstigen Wohngelegenheiten, Vermittlung von sinnvollen Aufgaben, z. B. im administrativen Bereich, sind nur einige Möglichkeiten, wie betagte Mitmenschen am pulsierenden Leben der christlichen Gemeinde Anteil nehmen können. Selbstverständlich mögen neben privater Initiative auch zukünftig die öffentliche Hand, Bund, Kanton und Gemeinde und, wo nötig, auch die Kirchgemeinde mithelfen, unseren betagten und alten Mitchristen einen sinnreichen Lebensabend zu gestalten.»

In diesen Worten ist einiges zusammengefasst, an das wir uns, wenn wir uns als Christen bezeichnen möchten, immer wieder erinnern sollten. Der Betagte hat in seiner Qualität als Mitmensch Anspruch auf unser Interesse, unsere Zuwendung und unsere Hilfe, und eine Verheissung der Schrift sagt, dass uns, und das gilt besonders für diesen Bereich, mit dem Mass gemessen wird, mit dem wir messen. Vorerst ist es aber noch so, dass viele Betagte in sozialer, menschlicher Not mitten unter uns leben, auch wenn ihnen der Briefträger monatlich die kleine Rente bringt. In einer Zeit und einer Gesellschaft, in der Jugendlichkeit, körperliche Attraktivität, wirtschaftlicher Erfolg zum Idol erhoben werden, müssen wir uns bemühen, schon von den ersten Ansätzen der Kindererziehung an, insbesondere aber während der Entfaltung und Prägung der jugendlichen Persönlichkeit, den Sinn für Mitmenschlichkeit, für Toleranz, für Partnerschaft und für uneigennützig Hilfe zu wecken und zu fördern, und die Jungen in ihrem kritischen Denken zu ermuntern, weil nur so auf die Dauer verhindert werden kann, dass die Zahl der Menschen, die in sozialer Not mitten unter uns leben, weiter zunimmt und letztlich eine inhumane, rein technokratisch gesteuerte Roboter- und Ameisen-Gesellschaft das Ende sein wird.